

## Niederschrift

über die	3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
Tag:	05.05.2026
Dauer:	17:00 Uhr - 19:05 Uhr
Ort:	Sitzungssaal I des Rathauses, Rathausplatz 1, 59174 Kamen

### Anwesend:

#### **Bürgermeisterin**

Frau Elke Kappen

#### **SPD**

Herr Denis Aschhoff

Herr Daniel Heidler

Frau Renate Jung

Herr Klaus Kasperidus

Frau Christiane Klanke

Herr Oliver Syperek

#### **CDU**

Herr Rainer Fuhrmann

Frau Rosemarie Gerdes

Herr Wilhelm Kemna

Herr Heinrich Kissing

Herr Ralf Langner

#### **AfD**

Herr Simon Knaack

Herr Herward Mangartz

Herr Uwe Precker

#### **Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Frau Sandra Heinrichsen

Herr Marian-Rouven Madeja

#### **WG Kamen & Die PARTEI**

Herr Dennis Kobus

#### **Die Linke**

Frau Ramona Bornemann

#### **Verwaltung**

Herr Dietmar Lerch

Herr Dr. Uwe Liedtke

Frau Hanna Schulze

Herr Christian Völkel

### Entschuldigt fehlten

Frau Tanja Brückel  
Herr Klaus-Dieter Grosch  
Frau Sarah Grüneberg  
Herr Ulrich Lehmann

## Tagesordnung

### A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	2. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen	046/2026
3	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Produkt 21.01.04 – Energetische Sanierung der Außenhülle der Konzertaula Kamen	080/2026
4	Finanzbericht	
5	Zuleitung des Jahresabschlusses 2025 der Stadt Kamen an das Rechnungsprüfungsamt	078/2026
6	Brandschutz- und Rettungsdienstbericht	
7	Grundsatzbeschluss zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung in der Stadt Kamen	064/2026
8	Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines/einer gemeinsamen Informationssicherheitsbeauftragten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit	065/2026
9	Parkhaus am Kamener Bahnhof	
9.1	Vergleichsbetrachtung zur Zukunft des Parkhauses am Kamener Bahnhof hier: Antrag der CDU-Fraktion	
9.2	Strukturierte Entscheidungsfindung zur Zukunft des Parkhauses am Bahnhof Kamen mittels Multi-Criteria Decision Analysis hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	081/2026

- |    |   |          |
|----|---|----------|
| 10 | Behandlung von Bürgeranregungen in Sitzungen - Änderung der Geschäftsordnung<br>hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW | 066/2026 |
| 11 | Live Streaming von Sitzungen<br>hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW   | 082/2026 |
| 12 | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen  |          |

## **A. Öffentlicher Teil**

### **Zu TOP 1**

#### **Einwohnerfragestunde**

Anfragen von Einwohnern lagen nicht vor.

### **Zu TOP 2**

#### **2. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Kamen**

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

### **Zu TOP 3**

#### **Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Produkt 21.01.04 – Energetische Sanierung der Außenhülle der Konzertaula Kamen**

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

### **Zu TOP 4**

#### **Finanzbericht**

Kämmerer **Völkel** gab einen umfassenden Bericht zur aktuellen Finanzlage, der im Wesentlichen die Entwicklung der Steuern, Abschreibungen, Versorgungs- und Transferaufwendungen sowie der Kassen- und Investitionskredite samt Schuldenstand umfasste. Die Präsentation zum Bericht ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

*Ausschussmitglied Aschhoff nahm ab 17:10 Uhr an der Sitzung teil.*

Im Nachgang wies Bürgermeisterin **Kappen** infolge der enormen Kostensteigerungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung darauf hin, dass u. a. dieser Bereich im Zuge einer vor kurzem abgeschlossenen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA) – auf ausdrücklichen Hinweis der Verwaltung – detailliert betrachtet wurde.

Sie ergänzte, dass die Ergebnisse der durchgeführten GPA-Prüfungen dem Rat in der nächsten Sitzung komplett vorgestellt würden.

## Zu TOP 5

### **Zuleitung des Jahresabschlusses 2025 der Stadt Kamen an das Rechnungsprüfungsamt**

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

## Zu TOP 6

### **Brandschutz- und Rettungsdienstbericht**

Herr Norbert **Klein**, stellvertretender Leiter der Feuerwehr Kamen, und Herr Frank **Siedhoff**, Gruppenleiter Fachbereich 37 „Feuerwehr und Rettungsdienst“, stellten mit unterschiedlichen – inhaltlichen – Schwerpunkten den aktuellen Brandschutz- und Rettungsdienstbericht vor. Die Präsentation zum Bericht ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Der Bericht umfasste Themenbereiche wie Organisation, Personal, Qualifikation, Einsatzstatistiken, Maßnahmen des Brandschutzbedarfsplanes sowie Schutzzielerreichung.

Im Zuge der Berichterstattung sowie jeweils im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Klein und Herrn Siedhoff kam es zu einigen Anfragen bzw. Erläuterungen aus den Kreisen der Ausschussmitglieder sowie der Verwaltung.

Auf Anfrage von Herrn **Fuhrmann** führte Beigeordnete **Schulze** aus, dass es eine statistisch stabile Übergangsquote von der Jugendfeuerwehr in den Erwachsenenbereich von ca. 60 % gebe.

Ausschussmitglied **Heidler** zeigte sich beeindruckt von der Größenordnung des ehrenamtlichen Engagements in der Feuerwehr. Für viele andere Bereiche im Ehrenamt sei die Gewinnung von Nachwuchs mittlerweile zu einem sehr großen Problem geworden.

Herr **Klein** ergänzte hierzu, dass es viele Quereinsteiger aber auch Eltern von Mitgliedern der Kinder- und Jugendfeuerwehr gebe, die sich in der Freiwilligen Feuerwehr engagieren.

Herr **Klein** erklärte auf Anfrage von Herrn **Fuhrmann**, dass ab einem Einsatzszenario mit mindestens 3 Fahrzeugen, eine qualifizierte Führungskraft vor Ort zur Verfügung stehen solle.

Bürgermeisterin **Kappen** führte zudem aus, dass nach dem Brandschutzbedarfsplan der Neubau eines Gerätehauses in Heeren-Werve oberste Priorität habe. Perspektivisch sei die Entwicklung des Standortes „Mersch“ in den Blick zu nehmen. Hierbei spiele die weitere Entwicklung im Bereich des Rettungsdienstes jedoch eine besondere Bedeutung, so die Bürgermeisterin.

Herr **Heidler** ergänzte, dass es landesweit von Bedeutung sei, das Thema Feuer- und Rettungswesen qualifiziert und mit konkreten Standards zu diskutieren. Hierzu würden die Kommunen entsprechende Förderprogramme des Landes NRW erwarten.

Herr **Siedhoff** gab auf Nachfrage von Herrn **Langner** und Herrn **Fuhrmann** ausführliche Erläuterungen zur Anzahl, zur Definition sowie zur aktuellen Abrechnungsproblematik von Leerfahrten im Bereich des Rettungsdienstes.

Bürgermeisterin **Kappen** ergänzte unter Hinweis auf diesbezügliche Gespräche zwischen den Krankenkassen und den Landesministerien, dass die Kommunen auf eine verlässliche Übergangslösung warten würden. Dies sei u. a. auch infolge der enormen Haushaltsbelastung von besonderer Bedeutung. Schließlich seien seit September 2025 keine Fahrten des Rettungsdienstes mehr abgerechnet worden, so die Bürgermeisterin.

Herr **Heidler** kritisierte die aktuelle Abrechnungsproblematik mit den Krankenkassen und bezeichnete es als abstrus, wenn RTW's zukünftig Krankenhäuser deshalb anfahren würden, um keine Leerfahrten entstehen zu lassen.

Herr **Siedhoff** bezifferte die Anzahl von Fehlfahrten in Kamen auf ca. 25%. Er bestätigte auf Anfrage von Herrn **Fuhrmann** den starken Anstieg von „Einsatzfahrten ohne vorgefundene/n Patient/in am Einsatzort“ von 12 (2024) auf insgesamt 228 (2025). Belastbare Gründe könnten hierfür allerdings nicht benannt werden, so Herr Siedhoff.

Zur Frage von Herrn **Fuhrmann** bestätigte Herr **Siedhoff**, dass der Standort der Rettungswache West, durch die auch große Bereiche der Innenstadt abdeckt würden, gut gewählt sei und dieser auch von der Südkamener Spange profitiere.

Auf Anfrage von Herrn **Knaack** führte Herr **Siedhoff** aus, dass ein Anstieg von Übergriffen auf Einsatzkräfte – quer durch alle Bevölkerungsschichten – festzustellen sei. Er ergänzte, dass es hierzu entsprechende Schulungs- und Fortbildungsangebot gebe. Beigeordnete **Schulze** und Bürgermeisterin **Kappen** verwiesen in diesem Kontext auf die unterstützenden Angebote durch das PSU-Team der Feuerwehr sowie entsprechende Angebote der Stadt durch externe Partner.

Abschließend fragte Herr **Madeja** an, wie viele Kolleginnen und Kollegen der Feuerwehr in den kommenden Jahren altersbedingt aus dem Dienst der Stadt Kamen ausscheiden werden.

Antwort der Verwaltung:

Jahr 2026	1 Beamter	LG 2.1
Jahr 2027	6 Beamte	3 in LG 1.2 und 3 in LG 2.1
Jahr 2028	3 Beamte	1 in LG 1.2 und 2 in LG 2.1
Jahr 2031	1 Beamter	LG 1.2

**Zu TOP 7**

**Grundsatzbeschluss zur Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung in der Stadt Kamen**

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

## Zu TOP 8

### **Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines/einer gemeinsamen Informationssicherheitsbeauftragten im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit**

ohne Beratung und Beschlussfassung verwiesen

## Zu TOP 9

### **Parkhaus am Kamener Bahnhof**

## Zu TOP 9.1

### **Vergleichsbetrachtung zur Zukunft des Parkhauses am Kamener Bahnhof hier: Antrag der CDU-Fraktion**

Für die CDU-Fraktion erläuterte Herr **Langner** den Antrag zur Vorlage einer belastbaren Vergleichsbetrachtung für das sanierungsbedürftige Parkhaus am Kamener Bahnhof.

Herr **Heidler** erwiderte, dass der Gutachter in der PuS-Sitzung hierzu bereits klare Aussagen getroffen habe. Er glaube daher nicht, dass eine erneute Prüfung insgesamt zu anderen Ergebnissen kommen würde. Um allerdings keinen politischen Vorwurf aufkommen zu lassen, werde die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen, so Herr Heidler. Er bat ergänzend darum, im Rahmen des anstehenden Verfahrens auch eine evtl. Erweiterung der Parkflächen prüfen zu lassen.

Für die Fraktion WG & DIE PARTEI führte Herr **Kobus** aus, dass man dem Vorschlag ebenfalls zustimmen werde. Es sei wichtig alle Alternativen genauestens zu prüfen. Der Verwaltung dankte er für die Beantwortung des eingereichten Fragenkataloges.

Herr **Kissing** sprach sich ebenfalls für eine umfassende Prüfung der Alternativen aus. Dies schaffe größtmögliche Transparenz im Verfahren. Herr Kissing ergänzte im Zusammenhang mit dem in der Öffentlichkeit oftmals diskutierten Neubau des Parkhauses, dass sich ein solches Projekt wahrscheinlich nur durch die Erhebung von Parkgebühren realisieren ließe. Inwiefern dies gewollt sei, sei bislang ungeklärt, so Herr Kissing.

Herr **Aschhoff** erwiderte, dass in der PuS-Sitzung die Fragen durch den Gutachter größtenteils bereits umfassend beantwortet wurden. Danach sei das Parkhaus sanierungsbedürftig, allerdings nicht marode. Die nun beantragte Vergleichsbetrachtung koste Zeit und verzögere somit das Verfahren.

Herr **Heidler** merkte an, dass das Thema Parkgebühren nicht isoliert diskutiert werden könne. Zudem stelle sich die Grundsatzfrage, ob dies politisch gewollt sei.

Herr **Langner** bestätigte, dass die Frage von Parkgebühren ein gesondertes Thema sei, welches entsprechend diskutiert werden müsste. Er ergänzte, dass die Fragen der grundhaften Sanierung bzw. eines Abrisses – samt Neubau – bislang nicht konkret gegenübergestellt worden seien. Auch sei die genaue Höhe einer evtl. Rückzahlung von Fördermitteln nicht bekannt.

Verwaltungsseitig erläuterte Beigeordneter **Dr. Liedtke**, dass die Umsetzung des Antrags mit externer Expertise realisierbar sei. Hierfür würde mit Kosten in Höhe von ca. 20 bis 25 T€ gerechnet. Er bestätigte ergänzend, dass im Falle eines Abrisses von einer Rückzahlung von

Fördermitteln auszugehen sei. Im Falle eines Neubaus sei hingegen nicht mit ausreichenden Fördermitteln zu rechnen, so Dr. Liedtke. Den aktuellen Restbuchwert des Parkhauses bezifferte er auf 2,9 Mio. €.

Bürgermeisterin **Kappen** schlug abschließend vor, den Prüfauftrag um die Punkte „Erweiterung der Parkfläche“, „Parkgebühren“ sowie „Fördermittel“ zu ergänzen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Verwaltung zu beauftragen, eine belastbare und ergebnisoffene Vergleichsbetrachtung zur Zukunft des Parkhauses am Bahnhof vorzulegen.

Dabei sollen die folgenden Varianten gegenübergestellt werden:

1. Grundhafte Sanierung des bestehenden Parkhauses mit anschließendem Weiterbetrieb
2. Abriss des Bestandsgebäudes und Neubau eines modernen Parkhauses

Im Zuge des Verfahrens soll ergänzend eine mögliche Erweiterung der Parkflächen, die Erhebung von Parkgebühren sowie die Frage von Fördermitteln geprüft werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

### **Zu TOP 9.2**

**Strukturierte Entscheidungsfindung zur Zukunft des Parkhauses am Bahnhof  
Kamen mittels Multi-Criteria Decision Analysis  
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW**

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Bürgeranregung vom 22.04.2026 zur Kenntnis und beschließt von einer inhaltlichen Umsetzung der Anregung abzusehen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

### **Zu TOP 10**

**Behandlung von Bürgeranregungen in Sitzungen - Änderung der Geschäftsordnung  
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW**

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Bürgeranregung zur Kenntnis und beschließt aus rechtlichen Gründen von einer Umsetzung abzusehen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

## Zu TOP 11

### **Live Streaming von Sitzungen hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW**

Herr **Kobus** führte aus, dass die Fraktion WG & DIE PARTEI die Beschlussempfehlung der Verwaltung nicht mittragen könne. Mit Blick auf die zu erzielende Transparenz, die man aus- halten müsse, könne das vorgebrachte Argument der Haushaltslage nicht zugelassen wer- den, so Herr Kobus.

Herr **Heidler** wies den Vorwurf von mangelnder Transparenz zurück. Er stelle sich hier aus- drücklich vor die Verwaltung.

Herr **Langner** bezeichnete die Transparenz der politischen Rats- und Ausschussarbeit als gut, zumal sich durch ein Live-Streaming daran auch nichts ändern würde. Am Ende sei es eine Frage der Verhältnismäßigkeit, sprich von Kosten und Nutzen. Er schloss nicht aus, dass ein Live-Streaming zukünftig evtl. zum Standard werde.

Frau **Klanke** und Herr **Kasperidus** bezeichneten die Einführung eines Live-Streamings auch vor dem Hintergrund eines sparsamen Mitteleinsatzes als unwirtschaftlich und unverhältnis- mäßig. Transparenz sei ausreichend gegeben, so Frau Klanke.

Herr **Knaack** führte aus, dass die AfD dem Live-Streaming grundsätzlich positiv gegenüber- stehe, das Kosten-Nutzen-Verhältnis eine Einführung allerdings nicht rechtfertige.

Herr **Kissing** merkte an, dass sich alle Transparenz wünschten, Authentizität allerdings nur durch die persönliche Teilnahme gewährleistet werden könne.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt von einer Umsetzung der Bürgeranregung zum Live-Streaming von Sitzungen abzusehen.

**Abstimmungsergebnis:** bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

## Zu TOP 12

### **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### **Personalangelegenheit**

Bürgermeisterin **Kappen** gab bekannt, dass die Beigeordnete Ingelore Peppmeier zum 30.06.2026 aus den Diensten der Stadt Kamen ausscheiden werde. Dem diesbezüglichen Antrag von Frau Peppmeier habe sie zugestimmt. Sie ergänzte, dass beabsichtigt sei, die Stelle aus finanzwirtschaftlichen Gründen nicht erneut zu besetzen. Die bisherigen Aufgaben würden den übrigen Dezernaten zugeordnet. Dem Rat würde hierzu, zu gegebener Zeit ein entsprechendes Organisationskonzept vorgelegt.

Eine Verabschiedung im Rat sei für den 02.07.2026 vorgesehen, so die Bürgermeisterin.

## **Wirtschaft**

Bürgermeisterin Kappen teilte mit, dass sie anlässlich der Einweihung eines 960 qm großen Laborgebäudes heute das Unternehmen Solventum besucht habe. Insgesamt habe das Unternehmen hierfür eine Investition in Höhe von 6,5 Mio. € getätigt.

Bürgermeisterin Kappen ergänzte, dass die Unternehmensleitung die gute Zusammenarbeit mit Verwaltung und auch Politik in besonderer Weise herausgestellt habe.

gez. Kappen  
*Bürgermeisterin*

gez. Lerch  
*Schritfführer*